

# Kanzler-Erklärung zur Wahlvorlage.

Vor der Abstimmung über den Antrag Spee, der, wie gemeldet, mit 333 gegen 60 Stimmen abgelehnt wurde, erklärte

**Abg. v. Heydebrand (konf.):** Meine Freunde sind darin einig, daß die sachlichen Gründe des Grafen Spee anzuerkennen sind. Wir würdigen den hohen Patriotismus, der aus seinen Worten hervorgeht. Wir weisen von unserer Seite aus die Art und Weise zurück, mit der man seine Ausführungen behandelt hat. Wegen dieser Art und Weise werden einige meiner Freunde für den Antrag stimmen. Die Mehrheit ist der Ansicht, daß, nachdem wir diese Vorlagen so weit beraten haben, wir auch die Konsequenzen ziehen müssen. Wir werden also in der Mehrheit gegen den Antrag stimmen.

**Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Friedberg:** Der Abg. v. Heydebrand hat, wenn auch in milderer Form, den Vorwurf des Abg. Lüdke sich zu eigen gemacht. Dieser Vorwurf nimmt sich sehr eigenartig aus in dem Munde eines Abgeordneten, der die schwere Schuld auf sich genommen hat, daß (abzulehnen) die Wahlreform in diesem Hause verhindert worden ist. (Stürm. Entrüstungsrufe rechts. — Lebhafter Zustimmung links u. i. Str.) Sie sind schuld daran, wenn die Wahlreform nicht schon früher erledigt worden ist. (Erneuter Lärm rechts. — Beifall und Händeklatschen links u. i. Str.)

**Abg. Ab. Hoffmann (U. Soz.):** Die Rechte hat uns gezeigt, wie man die Regierung behandeln muß, wenn sie einem nicht zu Willen ist. Wir werden dankbare Schüler sein. Draußen wird allerdings ein anderer Wind, er wird sich zum Sturm entfachen und Sie für alle Seiten weglegen.

**Abg. Graf Spee (Str.):** Wenn mein Antrag abgelehnt wird, so nicht aus sachlichen, sondern aus taktischen Gründen. Die Abgeordneten Bode und Lohmann wollen mir die Schuld für die unerhörten Ausfälle des Herrn Hoffmann in die Schuhe schieben. Wohin soll das führen, wenn man keine Anträge mehr stellen kann, weil Herr Hoffmann ausfallend wird. Ich wünsche, meine Rede würde im Wortlaut in allen Zeitungen abgedruckt werden. (Heiterkeit.) Ich würde mir mein Leben lang Vorwürfe machen, wenn ich diesen Antrag nicht gestellt hätte. (Abg. Reinert, Soz.: Sie hätten lieber Ihr Mandat niederlegen sollen.) Es kann so weit kommen, daß noch die Parteien dieses Hauses, die Regierung und das Herrenhaus auf meinen Antrag zurückkommen.

**Abg. Dr. Pachtke (Vpl.):** Da der Antrag mit überwältigender Mehrheit abgelehnt wird, lohnt eine namentliche Abstimmung nicht. (Abg. Kretsch (Konf.): Wir sind nicht so ängstlich!) Dann stellen Sie doch selbst den Antrag. Gehen Sie doch die Konsequenzen aus Ihrem Uebermut! Ihre Aufregung erklärt sich lediglich aus der Sorge um Ihren Parteibestehand. Im nächsten Wahlkampf wird Ihre Mehrheit zertrümmert werden.

**Abg. Ab. Hoffmann (U. Soz.):** Auch wir verzichten auf namentliche Abstimmung. Wenn Sie wollen, so blamieren Sie sich selbst.

**Abg. v. Heydebrand (konf.):** Dann nehmen wir selbst den Antrag auf namentliche Abstimmung auf. (Beifall rechts.)

## Die namentliche Abstimmung.

Vor nunmehr zur namentlichen Abstimmung geschritten wird, äußert Präsident Graf Schwerin geschäftsordnungsmäßige Bedenken über die Zulässigkeit eines solchen Antrages.

**Abg. Dr. Porsch (Str.):** Es gibt dafür einen Präzedenzfall. In den 70er Jahren hatte Windthorst die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen beantragt. Die Linke erhob Widerspruch (Stürm. Hörl Hörl rechts) und beantragte die Vertagung auf sechs Monate. Das Haus hat sich damals mit Mehrheit für die Zulässigkeit der namentlichen Abstimmung über diesen Vertagungsantrag ausgesprochen und die Vertagung auf sechs Monate beschlossen. (Hörl Hörl rechts.) Allerdings ist aus diesen sechs Monaten eine bedeutend längere Zeit geworden. (Stürm. Heiterk.)

Bei der Abstimmung stimmten 60 Konservative mit Ja, dagegen die 333 anderen Mitglieder des Hauses. Ein Abgeordneter enthält sich der Abstimmung.

**Abg. Graf Spee (Str.):** Ich war bei der Abstimmung leider nicht anwesend. Wäre ich hier gewesen, so hätte ich für meinen Antrag gestimmt. (Große Heiterkeit.)

Darauf wird in die sachlichen Verhandlungen eingetreten.

## Die Abgeordnetenhaus-Vorlage.

**Abg. Bell (Str.)** berichtet über die Ausschuhverhandlungen. Es findet zunächst eine allgemeine Aussprache statt.

Nach § 1 der Kommissionsfassung ist jeder Preuze wahlberechtigt, der 25 Jahre alt und seit wenigstens drei Jahren staatsangehörig ist. § 2 stellt fest, wer von der Wahlberechtigung ausgeschlossen ist. § 3 der Regierungsvorlage bestimmt, daß jeder Wähler eine Stimme hat. Der Ausschuh setzte dagegen fest, daß jeder Wähler eine Grundstimme hat. Hierzu tritt aber je eine Zusatzstimme aus Grund des Lebensalters und der Zahl der erwachsenen Kinder, des Vermögens, des Einkommens der selbständigen Erwerbstätigkeit, der Schulbildung oder des öffentlichen Dienstes.

Ein Antrag Dr. Lohmann (nkf.) will ein Zweistimmensrecht einführen. Danach soll eine Zusatzstimme erhalten, wer in den verschiedenen Berufen selbständig oder leitend tätig ist, wer mehr als zehn Jahre im Reichs-, Staats-, Kommunal-, Kirchen- oder Schuldienst angestellt ist, wer mehr als zehn Jahre als Mitglied einer deutschen Körperschaft des öffentlichen Rechtes tätig gewesen ist, und wer als Angestellter oder Arbeiter seit mehr als sechs Jahren in demselben Betriebe tätig war.

Die Sozialdemokraten beantragen das Wahlrecht für die Frauen und Herabsetzung des Wahlalters auf das 20. Lebensjahr.

Der Ausschuh hat auch die Wahlpflicht eingeführt.

Die Generaldebatte leitet eine Rede des Ministerpräsidenten ein.

## Ministerpräsident Graf Hertling:

Meine Herren, die Vorgänge der heutigen Sitzung könnten ja gewisse Zweifel erregen, ob wir noch zu einer Verständigung über die uns jetzt beschäftigende Materie gelangten. Aber, meine Herren, gerade diese Vorgänge und die lebhafteste Erregung, die sich heute kundgegeben hat, haben doch gezeigt, wie stark innerhalb dieses hohen Hauses auf allen Seiten das Gefühl der Verantwortung ist, mit dem Sie der heutigen Entscheidung entgegengetreten. Dieses Gefühl der Verantwortung, meine Herren, das ich auf allen Seiten gleich hoch einschätze, dieses Gefühl der Verantwortung, das ich also nicht erst hervorzuweisen brauche, das ich voraussetzen darf, gibt mir die Hoffnung, daß es doch noch möglich sein wird, zu einer Verständigung zu gelangen. (Beifall links und in der Mitte), daß es doch noch möglich sein wird, einen Weg zu finden, der die jetzt so weit auseinanderliegenden Meinungsverschiedenheiten zu einer Einheit zusammenfaßt. (Erneuter Beifall.)

Meine Herren, daß der Artikel 3 in der Fassung, wie Ihre Kommission ihn gegeben hat, für die Staatsregierung nicht annehmbar ist, das, meine Herren, werden Sie sich zweifellos nach den wiederholt abgegebenen Erklärungen der Staatsregierung selbst gesagt haben (Zustimmung), und auch der gewiß gut gemeinte Antrag des Herrn Abg. Lohmann, der aus dem Kommissionsantrage verschiedene Schärfen beseitigt, auch dieser Antrag kann nicht zum Ziele führen, denn auch dieser Antrag nimmt dem Gesetze nicht den plutokratischen Charakter, den wir schließlich vermeiden wollten.

Meine Herren, ein plutokratisches Wahlrecht ist entweder unwirksam, oder es geht über das Ziel weit hinaus und verschärft die vorhandenen Gegensätze, statt eine Milderung herbeizuführen. Meine Herren, ein plutokratisches Wahlrecht, das die politischen Rechte abmisst nach dem Maß von Vermögen und Einkommen, sei dies nun direkt oder indirekt, ist heute in unserem Volke nicht mehr möglich (Lebhafte Zustimmung), angesichts der unausgeglichenen Verschiebungen in den finanziellen Verhältnissen, in den wirtschaftlichen Verhältnissen, angesichts auch des Grades politischer Bildung in unserem Volke. Auf ein plutokratisches Wahlrecht kann sich die Regierung deshalb nicht einlassen.

Es kann sich also nur handeln um das allgemeine gleiche Wahlrecht in vernünftigen Grenzen, wie sie bereits durch die Vorlage selbst angedeutet sind. Meine Herren, das gleiche Wahlrecht muß grundsätzlich festgehalten werden. (Beifall.) Die Zusage ist gegeben, die Zusage muß eingelöst werden, und meine Herren, ich bitte das zu beachten, daß in allen modernen Staaten das politische und soziale Leben auf dieses Ziel eingestellt ist, daß dieses Ziel eines gleichen Wahlrechts in einer großen Reihe von modernen Staaten bereits erreicht ist, in manchen Staaten weit hinausgehend über das, was der Ihnen vorgelegte Gesetzentwurf vorschlägt. (Sehr wahr! auf der äußersten Linken.) Meine Herren, es ist auf die Dauer nicht möglich, daß sich Preußen dieser kriegsherrlichen Bewegung entzieht, daß in Preußen allein dieses gleiche Wahlrecht dauernd ausgeschlossen sein soll. (Sehr richtig links.)

Meine Herren, es ist ja auch möglich, gewisse Sicherungen vorzunehmen, die befürchteten allzuweitgehenden radikalen Folgen, die aus dem allgemeinen gleichen Wahlrecht sich ergeben könnten, zu beseitigen. In der Vorlage selbst sind ja bereits derartige Sicherungen enthalten. Andere sind an anderen Stellen wohl noch möglich. Es sind, wie ich höre, Anträge in Vorbereitung, die weitere Sicherungen einführen wollen. (Hörl Hörl auf der äußersten Linken.) Die Regierung wird die Anregungen mit allem Ernst und allem Wohlwollen prüfen. Selbstverständlich ist die Regierung, die sich dafür eingesetzt hat, das gleiche Wahlrecht zur Durchführung zu bringen, zu welcher Zeit sie entschlossen, dafür zu sorgen, daß die befürchteten schädlichen Wirkungen dieses gleichen Wahlrechts möglichst verhütet werden. (Zustimmung.) Ich zweifle nicht, daß dieses Ziel erreicht werden kann.

Meine Herren, es ist ja doch überaus wünschenswert, daß wir jetzt und daß wir bald zu einer Entscheidung kommen. Das öffentliche Leben — wenn das auch nicht immer in die Erscheinung tritt — dreht sich zurzeit im Bewußtsein des ganzen Volkes um die Frage des gleichen Wahlrechts. (Lebhafte Zustimmung links und in der Mitte, stürmische Rufe rechts.) Die Ansichten darüber können ja verschieden sein, das bezweifle ich nicht. Ich kann nur sagen, daß ich mich bemüht habe, bis in die letzte Zeit hinein möglichst Rücksicht zu nehmen und mir die Einmütigkeit der verschiedenen Volksschichten zur Kenntnis zu bringen. Da ist mir immer wieder entgegengetreten: die Frage des gleichen Wahlrechts muß zur Entscheidung gebracht werden! (Lebhafte Zustimmung.)

Meine Herren, es ist schon heute wiederholt darauf hingewiesen worden, wie notwendig es ist, in unserem Volke die Einmütigkeit, die es in diesem Kriege bewiesen hat, zu erhalten. Unser Volk ist geradezu bewundernswert in seiner einmütigen Haltung. Ich glaube, es wird ein weiterer Schritt zur Stärkung und Steigerung dieser Einmütigkeit sein, meine Herren, wenn Sie von allzuweitgehenden Gegensätzen in dieser Frage jetzt zurücktreten wollen.

Meine Herren, jetzt liegt die Sache so, jetzt sind wir noch in der Lage, die Zusage, die gegeben worden ist und eingelöst werden muß, einzulösen ohne schwere Erschütterungen befürchten zu müssen. Jetzt kann die Zusage noch eingelöst werden, indem zu gleicher Zeit diejenigen Sicherungen gegeben werden, die im Interesse eines ruhigen, stetigen Fortschreitens des Staatslebens notwendig sind. Das, was wir jetzt geben können, das müssen wir vielleicht, wenn es heute abgelehnt wird, in einiger Zeit unter schweren Erschütterungen des Volkslebens, deren Gefahren wir gar nicht übersehen können, uns abringen lassen. (Hörl, Hörl auf der äußersten Linken.) Das gleiche Wahlrecht kommt! Es kommt, wenn nicht heute, so doch in absehbarer Zeit. (Sehr wahr!) Es kommt entweder ohne Erschütterungen oder es kommt nach schweren inneren Kämpfen. Und darum lautet die Frage jetzt, meine Herren, wie wollen Sie sich dazu stellen? Wollen Sie jetzt die Hand zu einer Verständigung reichen, die uns dahin führen kann, schwere Erschütterungen zu vermeiden und solche Sicherungen schon jetzt vorzunehmen, die uns vor solchen schweren Erschütterungen in Zukunft bewahren, oder wollen Sie die Verantwortung auf sich nehmen, diese schweren Erschütterungen herbeizuführen durch eine Ablehnung, die doch das von Ihnen gewünschte Ziel nicht haben kann! (Lebhafte Zustimmung links und in der Mitte.)

## Abg. Dr. v. Heydebrand (konf.):

Den Wunsch nach einer Verständigung teilen wir. Aber wenn noch nicht einmal der vorderdings von den Nationalliberalen gestellte Antrag ausreicht, um die Zustimmung der Regierung zu finden, so bliebe kein anderer Weg, als einfach die Regierungsvorlage anzunehmen. (Sehr richtig rechts.) Gegenüber der Behauptung des Ministerpräsidenten, im ganzen Lande würde das gleiche Wahlrecht verlangt, muß ich darauf hinweisen, daß ein großer Teil der Wähler nicht in der Heimat, sondern draußen im Felde ist.

Sch stelle fest, daß die konservativen Mitglieder des Ausschusses mit aller Hingebung und allem Fleiß bemüht waren, die Regierungsvorlage in einer Weise auszugestalten, wie sie für das Vaterland nützlich ist. Wir sind durchaus davon überzeugt, daß das gegenwärtige Wahlrecht reformbedürftig ist und haben das immer gesagt. Deshalb war ich eigentlich etwas erstaunt, als der stellvertretende Ministerpräsident sagte, wir hätten die Reform so lange verhindert. Er hat dabei die nötige staatsmännische Ruhe vermissen lassen, aber vielleicht hat er sie in der kurzen Zeit seiner Ministerkassette noch nicht erworben. (Heiterkeit rechts.) Sowohl bei der Wahlvorlage von 1906 wie bei der von 1910 haben wir im Einverständnis mit der Regierung zusammen gearbeitet, und wenn die Reform damals nicht zustande gekommen ist, so lag das an den Änderungen im Herrenhaus, für die wir nicht verantwortlich gemacht werden können. Bei der ersten Lesung der jetzigen Vorlage habe ich ausdrücklich festgestellt, daß wir bereit waren, mit den übrigen Parteien dieses Hauses im vorigen Jahre eine Vorlage auszuarbeiten, von der wir glauben mußten, daß sie ganz im Rahmen der Oberhauskommission lag. Das muß, bei seiner parlamentarischen Vergangenheit, Dr. Friedberg auch wissen. (Zustimmung rechts.)

Inkonsequenzen und Ungerechtigkeiten enthalten alle Wahlsysteme, auch das Reichstagswahlrecht. Die schwächste Seite unseres gegenwärtigen Wahlrechts liegt darin, daß die Abstufung ausschließlich an die Steuerleistung geknüpft ist. Die Folge davon ist aber in Wirklichkeit — obgleich der jetzige Zustand nicht aufrecht erhalten werden kann — daß der Mittelstand zu entscheiden hat. Das ist die Signatur des gegenwärtigen Wahlrechts. (Lebhafter Widerspruch links.) Beim gleichen Wahlrecht aber gibt den Ausschlag die unterrichtslose Masse, die Handarbeiterschaft der Großstädte. Da wir die Entscheidung, auf die Dr. Friedberg hingewiesen hat, natürlich auch kennen, haben wir uns gefragt, ob der Standpunkt derjenigen wirklich begründet ist, die jetzt das gleiche Wahlrecht einführen wollen.

## Reichstag und Landtag.

Es gibt eine Menge Leute, die der Meinung sind, daß sich dieses Wahlrecht im Reichstage außerordentlich bewährt habe. (Zustimmung links.) Ich will darüber nicht sprechen, ich bin ja selbst ein Produkt dieses Wahlrechts. Aber die Verhältnisse in den Staaten sind doch andere als im Reich. Im Reich haben wir die allgemeine Wehrpflicht, die indirekten Steuern, die soziale Gesetzgebung, Dinge, an denen jedermann beteiligt ist. Die Bundesstaaten aber haben ihre kulturellen Aufgaben, ihre großen Staatsbetriebe, sie haben die Vermögensbesteuerung. Gerade weil wir im Reich das gleiche Wahlrecht haben, ist es ein naturgemäße Forderung, wenn man nicht alles über einen Kamm ladeben will, daß man den Bundesstaaten ihre Eigentümlichkeiten lassen muß. (Sehr richtig rechts.) Führen wir in Preußen das Reichstagswahlrecht ein, dann ist es in den übrigen Bundesstaaten nicht mehr aufzuhalten. Eine solche Gleichmacherei können wir im Interesse des gesunden Staatslebens nicht wünschen.

Nun wird gefragt, der Krieg fordere die Einführung des gleichen Wahlrechts. Da wäre es das Nächste gewesen, abzuwarten, wie die Kriegsteilnehmer selbst sich dazu stellen. (Stürmische Zustimmung rechts.) Es gibt doch nichts, was ein größerer Gegenstand von Gleichheit wäre als unser Heer. Ein Heer ohne Ueberordnung und Unterordnung, ohne einzelne Kategorien mit ihren verschiedenen Leistungen hätte niemals so Großes leisten können. Im Ausland steht man, wohin es kommt, wenn es keine Offiziere, sondern nur einfache Soldaten gibt und wenn jeder zu kommandieren und keiner zu gehorchen hat. (Sehr gut rechts.) Der König hat gewünscht, die Regierung solle eine Vorlage mit dem gleichen Wahlrecht einbringen. Aber ich habe nicht gehört, daß der König gewünscht oder befohlen hätte, daß wir die durch die Verfassung gegründete Freiheit unserer Stellungnahme zu den Regierungsvorlagen aufgeben sollen. Im Ausschuh haben wir vergebens die Regierung gefragt, ob sie den König darüber informiert hat, daß im vorigen Sommer fünf Sechstel dieses Hauses zu einer vollständigen Einigung über die Wahlreform gekommen waren. Eine Antwort haben wir nicht bekommen, sonst aber waren die Minister im Ausschuh mehr als bereit, mit diesem Allerhöchsten Befehl zu operieren. Die Regierung sollte doch den König nicht vor sich ziehen, sondern sich stehend vor den Thron stellen. (Beifall.)

Unter dem gleichen Wahlrecht werden wir hier 120—130 Sozialdemokraten, eine sehr verstärkte Polenfraktion und eine sehr starke Linke haben, und auch bei den anderen Parteien wird der mittelständische Charakter sehr stark beeinträchtigt werden. Die Zusammensetzung des Hauses wird ungleich mehr von dem abhängen, was man „Vollgenuß“ nennt. Elemente, die sich mehr durch Spezialismus (Heiterkeit rechts) und Agitation hervortun, werden auf den Schild erhoben und die, die am meisten versprechen, werden die besten Ansichten im Wahlkampf haben. (Zuruf links: Hund der Landwirte!) Ob es dann möglich sein wird, den stark autoritären Charakter unseres preussischen Staates aufrecht zu erhalten, ist zweifelhaft. Wir sind stolz auf unter gewaltiges Beamtentum mit seiner Disziplin, seiner Unterordnung und seinem Gehorsam. Wird die Zusammensetzung dieses Hauses eine andere sein, so auch seine Einwirkung auf das Beamtentum. (Rufe links: Sie beleidigen ja die Reichsbeamten!) Hier handelt es sich um die preussischen Beamten, und hier entscheiden wir. (Rufe links: Vorläufig!) Das steuerliche Rückgrat unseres ganzen Staatshaushaltes sind die direkten Steuern auf den Besitz, und nun wollen Sie die Besitzlosen über die Steuern entscheiden lassen, die die Besitzenden zahlen sollen? (Abg. Ab. Hoffmann: Verbluten können die Besitzlosen für die Besitzenden!) Wenn das gleiche Wahlrecht eingeführt wird, so wird diese Steuerentwicklung unmöglich aufzuhalten sein. Als wir das der Regierung vorhielten, antwortete sie mit beruhigenden Wendungen, aber sie konnte keine sachlichen Gegengründe vorbringen. Wird jetzt das gleiche Wahlrecht im Staate eingeführt, dann haben Sie es in fünf Jahren in den Gemeinden, und ob das den Liberalen recht sein wird, ist eine andere Frage. (Zuruf links: O ja!)

Bei einer derartigen Verstärkung der Linken werden aber auch unsere kulturellen Güter, insbesondere unsere konfessionelle Volksschule gefährdet sein. Wir wollen jedoch die christliche Erziehung, die Grundlage unseres Lebens und unserer Jugenderziehung nicht aufgeben. Wenn wir hier erst einen freireligiösen Kultusminister (Heiterkeit) haben, dann wird unsere konfessionelle Schule nicht mehr zu ihrem Recht kommen. Diese Verantwortung aber wollen wir weder für uns noch für unsere Kinder tragen. (Stürmische Beifallsrufe rechts.)

Ueber die Ostmarken hat sich der Ministerpräsident ausgesprochen. Seine Ausführungen waren von hohem Idealismus getragen, aber überzeugend waren sie nicht. Wenn die Ostmarkenpolitik nicht auf denselben Grundlagen ruht wie bisher, können wir sie nieher ganz aufgeben. (Hörl Hörl!) Ohne starke staatliche Unterstützung des Deutschtums muß der Pole das Uebergewicht bekommen. Die bisherige Polenpolitik kann man nur mit einer Mehrheit wie der jetzigen aufrechterhalten. Der deutsche nationale Charakter des Ostens ist eine Notwendigkeit. (Beifall.) Aus allen diesen Gründen ist es unmöglich, für das gleiche Wahlrecht zu stimmen.